

Hessisches Kultusministerium

HESSEN



Landesabitur 2007

Bildungsland
Hessen



Beispielaufgaben 2005



Politik und Wirtschaft

Grundkurs

Beispielaufgabe A 2

Auswahlverfahren: Die Schülerin / der Schüler wählt aus den Aufgaben A 1, A 2 und A 3 eine Aufgabe zur Bearbeitung aus.

Einlese- und Auswahlzeit: 30 Minuten

Bearbeitungszeit: 180 Minuten

Erlaubte Hilfsmittel: Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
Grundgesetz (ohne Kommentar)

Sonstige Hinweise: keine

I. Thema und Aufgabenstellung

Plebiszite in der repräsentativen Demokratie?

Aufgaben

1. Geben Sie einen Überblick über die in den Materialien (M1 – M6) zum Ausdruck kommende Kontroverse. **(20 BE)**
2. Nehmen Sie nun Stellung zu der Debatte.
Überprüfen Sie dabei die Überzeugungskraft der dargebotenen Argumente zum Plebiszit und entwickeln Sie Ihre Position zu der Grundsatzfrage, ob in das Grundgesetz eine entsprechende Regelung für Volksabstimmungen auf Bundesebene aufgenommen werden sollte. Reichen die verfassungsgemäßen tradierten Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren der repräsentativen bzw. parlamentarischen Demokratie nicht aus? **(50 BE)**
3. Verdeutlichen Sie Ihre Position zu Plebisziten, indem Sie sich der aktuellen Auseinandersetzung über die Frage stellen, ob die Türkei vollberechtigtes Mitglied der EU werden soll. Ist der Beitritt der Türkei politisch und ökonomisch sinnvoll und kann oder soll diese Entscheidung durch ein direktes Votum der wahlberechtigten Bevölkerung (siehe M7) herbeigeführt werden? **(30 BE)**

Material 1

Auch in Frankreich Volksabstimmung über EU-Verfassung In der zweiten Jahreshälfte 2005 / Chirac: Ich vertraue den Franzosen[...]

mic.Paris,14.Juli. Frankreich wird in der zweiten Jahreshälfte 2005 ein Referendum zur Ratifizierung der EU-Verfassung abhalten. Das kündigte Staatspräsident Chirac bei seinem traditionellen Fernsehgespräch zum Nationalfeiertag am Mittwoch in Paris an.

- 5 „Die Franzosen sind direkt betroffen, und deshalb werden sie auch direkt gefragt werden,“ sagte der Staatspräsident. [...] Chirac sagte, er könne sich eine Ablehnung der EU-Verfassung durch eine Mehrheit der Franzosen nicht vorstellen. „Ich vertraue den Franzosen“, sagte Chirac. In einer Frage, welche die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskiner betreffe, seien sich die Wähler ihrer Verantwortung bewußt. Das Referendum sei ein guter Test, um zu überprüfen, ob sich die politische Klasse von der „Kultur der Konfrontation“ verabschiedet und zu
- 10 einer Dialogbereitschaft gefunden habe.

- Der 71 Jahre alte Präsident kündigte an, er werde sich an der Referendumskampagne aktiv beteiligen und für ein „Ja“ werben. Die französische Verfassung sieht ausdrücklich vor, dass die Bürger in wichtigen Fragen mittels einer Volksbefragung konsultiert werden können. Zum europäischen Einigungsprozeß hatte in Frankreich zuletzt im September 1992 ein Referendum
- 15 stattgefunden. Dem Vertrag von Maastricht stimmte eine knappe Mehrheit von 51% der Franzosen zu. [...] Chirac sagte, eine zeitliche Nähe der Ratifizierungsverfahren in allen 25 EU-Staaten sei wünschenswert, werde sich wohl aber als schwierig erweisen. In neun EU-Mitgliedstaaten sind bereits Referenden über die Verfassung angekündigt worden.

gek.n.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2004

Material 2

- [...] In Berlin gab es gemischte Reaktionen auf die Pariser Entscheidung. Während die Befürworter eines Volksentscheids auf politischen Rückenwind hoffen, sieht die Regierung keinen Anlass zur Änderung ihrer Haltung – obwohl Rot-Grün prinzipiell die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene im Programm hat. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) ist
- 5 ebenso wie Außenminister Joschka Fischer (Grüne) gegen ein EU-Referendum. Nach Einschätzung vieler Berliner Politiker müsste dafür erst das Grundgesetz geändert werden. [...] Generell ist auch die Union – die CDU eindeutiger als die CSU – gegen Referenden auf Bundesebene. „Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Position“, sagte Regierungssprecher Bela Anda. Ein Referendum sei aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Ratifizierung werde daher wie üblich in Bundestag und Bundesrat stattfinden. „Wir rechnen fest mit
- 10 einem positiven Ausgang“, sagte Anda. [...]

gek.n.: Frankfurter Rundschau, 15.7.2004

Material 3

Referendum zu EU-Verfassung in Union strittig

Edmund Stoiber dringt auf Volksabstimmung / CDU-Europapolitiker Hintze und Brok widersprechen

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hat die Bundesregierung erneut aufgefordert, eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung zu organisieren. Sein Vorstoß stieß auf Widerstand bei der CDU.

- 5 Berlin.18. Juni. dpa. Stoiber sagte, wenn nach Großbritannien jetzt auch Frankreich eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung abhalte, könne die dritte große Nation der EU nicht länger abseits stehen. Die Bundesregierung sollte endlich ihr Misstrauen gegen das eigene Volk ablegen, so Stoiber zur Bild am Sonntag. Er regte ein EU-weites Referendum an. [...] Der Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten stieß aus unterschiedlichen Gründen
- 10 auf Widerstand [...]. Der CDU - Europapolitiker Peter Hintze sagte dem Tagesspiegel: „Ich halte eine Volksabstimmung für einen Irrweg, der in die mückigen Sümpfe von Stimmungsentscheidungen gegen die jeweilige Regierung führt.“ Die Verfassung sei zu wichtig, um sie Stimmungsschwankungen auszuliefern. [...]

gek.n.: Frankfurter Rundschau, 19.7.2004

Material 4

Es ist nicht notwendig, aber auch nicht zweckmäßig und nicht wünschenswert, das durch das Grundgesetz errichtete System der parlamentarischen Demokratie durch erweiterte Möglichkeiten unmittelbarer Bürgerbeteiligungen zu ergänzen.

- 5 Der ausschlaggebende Grund für diese verfassungspolitische Beurteilung ist, dass eine derartige Verfassungsänderung die Gefahr mit sich bringt, die den Kern der parlamentarischen Demokratie bildende Vermittlungsaufgabe und Entscheidungsaufgabe der gewählten Volksvertretung, der parlamentarisch verantwortlichen Regierung und der politischen Parteien zu beeinträchtigen. Das System der parlamentarischen Demokratie würde nicht verstärkt, sondern geschwächt.
- 10 Die ins Auge gefassten erweiterten Möglichkeiten unmittelbarer Bürgerbeteiligung sind im Regelfall auf der Ebene des Bundes nicht geeignet, die von ihnen verschiedentlich erwarteten Vorteile zu erreichen. Eine etwa bestehende „Politikverdrossenheit“ könnte nicht abgebaut, die gesuchte Akzeptanz und Integrationsfähigkeit politischer Entscheidungen kann nicht erwartet werden. Denn die in Betracht kommenden Verfahren „unmittelbarer Bürgerbeteiligungen“ stellen in Wahrheit nur außerparlamentarische Aktionsmöglichkeiten der politischen
- 15 Parteien dar; sie sind eine der Richtigkeitsgewähr parlamentarischer Verfahren entbehrende, andere Form der mittelbaren Demokratie. [...]
- 20 Volksbefragung, Volksbegehren, Volksentscheid und andere Formen der Volksinitiative sind „keine geeigneten Instrumente [...]“, die Legitimation und Handlungsfähigkeit der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie zu verstärken. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass sie die Bedeutung des Parlaments verringern und die Funktions- und Integrationsfähigkeit der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik insgesamt beeinträchtigen.“

gek.n.: Peter Badura, Stellungnahme für die Gemeinsame Verfassungskommission, Juni 1992 in: Wochenschau (Sek. II), Nr. 5/1996, S. 222

Material 5

Wir haben uns im Parlamentarischen Rat die Frage vorgelegt, was für eine Art von Demokratie wir denn eigentlich haben wollten, und wir haben uns für eine reine Repräsentativ-Demokratie entschieden. Wir haben mit vollem Bewußtsein den Volksentscheid abgelehnt. Wir haben es getan auf Grund der Erfahrungen in der Weimarer Republik [...].

- 5 Wir waren der Meinung, daß man darauf verzichten sollte, Einrichtungen zu schaffen, die letztlich nichts anderes in Bewegung setzen als das Stimmungsmäßige im Menschen: denn Politik aus der Stimmung machen, ist das Verderblichste, was es gibt. Man kann und muß Politik mit dem Herzen machen, aber Herz und Stimmung ist nicht dasselbe. Das „Herz“ läßt sich nämlich durch den Verstand kontrollieren und bedient sich des Verstandes.

gek.n.: Carlo Schmidt: *Regierung und Parlament*, in: T. Stammen (Hg.), *Strukturwandel der modernen Regierung*, Darmstadt 1967, S.270 f.

Carlo Schmidt (SPD) war 1948/49 im Parlamentarischen Rat maßgeblich an der Schaffung des Grundgesetzes beteiligt.

Material 6



aus: *Frankfurter Rundschau*, 19.7.2004

Material 7

Referendum zu EU-Beitritt Chirac verspricht Türkei-Votum

Strassburg.1.Oktober.DPA/AP. Die Franzosen werden nach den Worten ihres Präsidenten Jacques Chirac in einer Volksabstimmung über den möglichen EU-Beitritt der Türkei entscheiden können. „Ich kann die Franzosen beruhigen, sie werden mitreden dürfen“, sagte Chirac. [...]

gek.n.: *Frankfurter Rundschau*, 2.10.2004

Korrektur- und Bewertungshinweise - nicht für den Prüfungsteilnehmer bestimmt -

II. Erläuterungen

Der Aufgabenvorschlag ist insgesamt so angelegt, dass Forderungen nach „Aktualität und Struktur“, „Kontroverse und Konsens“, „Offenheit und Wertbezug“ (vgl. Lehrplan Politik und Wirtschaft [im Folgenden LP], S. 3) die Materialauswahl wie die Problemstellungen bestimmen sowie Fähigkeiten der Prüfungsteilnehmer/innen zur Anwendung kommen können, die sich aus den Qualifikationsanforderungen des „Abschlussprofils“ (vgl. LP, S.40) ergeben. Dies gilt auch für die methodischen Fähigkeiten zur Materialrezeption und reflexiven Verarbeitung.

Voraussetzungen gemäß Lehrplan:

12.2 (Aufgabe 1 und 2):

- „Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen“, insbesondere hier die Themenstichpunkte „Wahlen ... weitere Formen der Bürgerbeteiligung (... Volksbegehren, Volksabstimmung ...) ... Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess“ (vgl. LP, S.33 f.)
- „BRD und europäische Integration“, hier v.a. das Themenstichwort „Diskussion um eine europäische Verfassung“
- weiterhin werden mit der Aufgabenstellung 2 Themenkreise tangiert, die sich auf die Themenstichworte „Parteien und ihre Verfasstheit“ sowie „Parlament und Regierung im konkreten Gesetzgebungsprozess“ beziehen.

13.1 (Aufgabe 3):

- „die deutsche Außenpolitik ... : neue Aufgaben, Erwartungen, Probleme“, insbesondere hier das Stichwort „europäische Außen – und Sicherheitspolitik“
- „aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeit kollektiver Friedenssicherung“ mit den Aspekten „Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen, Verträge, Einflussphären“

12.1 in einem Teilaspekt (Aufgabe 3):

- „wirtschaftliche Integration Europas“, z.B. „Konvergenzkriterien, wirtschaftliche Integration und nationalstaatliche Interessen“

III. Lösungshinweise

Aufgabe 1

Gefordert wird hier eine jeweils knapp die Aussage umreißende Gegenüberstellung der Positionen zum Plebiszit.

- M1: Chiracs Vorstoß für eine direkte Volksbefragung zur EU-Verfassung soll als Vertrauensbekundung zum französischen Volk und Verantwortungsübertragung im Sinne der Legitimation durch den Souverän herausgestellt werden können.
- M2: Die Bundesregierung lehne ein Referendum ab und verweise auf das Grundgesetz, das Volksabstimmungen bundesweit nicht vorsehe, solange nicht eine entsprechende Verfassungsänderung vorgenommen wäre.

- M3 : E. Stoiber (CSU) würde ein europaweites gleichzeitiges Referendum begrüßen und beklage das Misstrauen in das Volk, was Politiker der Schwesterpartei wiederum bestätigen, wenn sie das Plebiszit verwerfen und von „Stimmungsentscheidung“ sprechen.
- M4: Von Badura werde im Rahmen seiner Stellungnahme für die Verfassungskommission 92 das Ersuchen um plebiszitäre Erweiterungen abgelehnt mit folgenden Begründungen: Aushöhlung, Schwächung, Gefährdung des parlamentarischen Systems, die Bundesebene eigne sich nicht zu solchen Verfahren, keine akzeptanzsteigernde u. motivationsfördernde Wirkung, da wiederum ohnehin Parteien und starke Lobbys dieses Feld besetzen würden.
- M5: Carlo Schmidt beziehe sich bei seiner Ablehnung auf die Weimarer Republik und spreche den Aspekt der problematischen „Stimmungsentscheidung“ an, wo der Verstand nicht das kontrollierende Regulativ sei.
- M6: Die Karikatur reflektiert auf ironische Weise das Misstrauen gegenüber dem Volk. Sie thematisiert die Vorbehalte der politischen Klasse gegen einen Monopolverlust von Verfügungsgewalt über politische Entscheidungen. Eventuell kann sich die Provokation der Karikatur stimulierend auf die geforderte Stellungnahme zur Debatte auswirken (siehe nachfolgende Aufgabe).

Aufgabe 2

In diesem Arbeitsschritt sollen die vorgestellten Auffassungen auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden und dabei die eigene Sichtweise durch Kenntnisse und eigenständige politische Überlegungen sich herauskristallieren. Diese Kenntnisse und gedanklichen Dimensionen tangieren vor allem politische Prozesse und Verfahren der Willensbildung und Entscheidung im parlamentarischen-repräsentativen System, deren Berücksichtigung am Ende der Aufgabenstellung 2 eingefordert wird.

Hierbei kann es sich um folgende Wissenssegmente handeln:

- die Funktion und Partizipationsqualität von Wahlen
- die Bedeutung der Parteien bei der Willensbildung
- Interessenartikulation u. –durchsetzung durch Verbände/Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, NGOs u.a.
- die Rolle des Parlaments als Beratungs -, Kontroll - und Entscheidungsfindungsorgan, das sich der öffentlichen Diskussion stellen muss
- die Bedeutung von Versammlungs - und Demonstrationsrecht
- Interessenartikulation/ Willensbekundung gemäß GG Art. 5
- mediale Optionen (z.B. Internet als neues Partizipationsinstrument)

Erwartet wird, dass die Schülerinnen und Schüler die tradierten Möglichkeiten, die die Repräsentativverfassung vorsieht, konfrontieren mit Phänomenen, die verstärkte Politiker- und / oder Parteienverdrossenheit, Politikenttäuschung u. auch Indifferenz anzeigen (diverse Indikatoren / Fakten können genannt werden). Ein Ergebnis könnte sein, dass die traditionellen „Rezepte“ nicht mehr ausreichend oder zeitgemäß sind, also zusätzliche oder andere Partizipationsmöglichkeiten ins Auge gefasst werden müssten. Ob aber nun Plebiszite zur Belebung des demokratischen Mitwirkens das geeignete Mittel sind, ist hier anhand der vorgelegten Meinungen und auf der Basis eigener Einsichten zu diskutieren.

Das Abwägen könnte sich in folgenden Pro-und-Contra-Gedankengängen bewegen (es wird nicht erwartet, dass hier die gesamte Bandbreite erscheint):

Contra: Emotionalisierung von Politikentscheidungen, Vorschub für populistische Strategien oder Konzepte, Einfallstor für Demagogie (vgl. C. Schmidt), problematische Reduktion auf „Ja/Nein“ bei komplexen, diffizilen Fragestellungen und Politikfeldern, Vereinnahmung solcher Volksinitiativen durch Parteien und Verbände (vgl. Badura) und finanzstarker Interessengruppen, Sachverstand, Professionalität der Berufspolitiker und der parlamentarischen Gremien geraten ins Hintertreffen, „direkte Demokratie“ gäbe es sinnvoll auf kommunaler oder Länderebene, die Verantwortungszuordnung für getroffene Entscheidungen ist bei Plebisziten schwieriger als bei Parteien oder Koalitionen, weniger

Reflexivität und Responsivität bei Volksentscheidungsverfahren gegenüber parlamentarischen Prozeduren (siehe Ausschussarbeit, Lesungen, Anhörungen etc.)

Pro: Das Plebiszit bringe Kompetenz- und Verantwortungs-
zuwachs für den Bürger und damit Ermutigung zum Engagement, Entstehen von Bürgersinn, Abbau der beklagten Basisferne der politischen Klassen und somit weniger Politikabwendung, fundiertere und breitere Legitimierung von Entscheidungen mit existenzieller Tragweite (vgl. z.B. EU-Verfassung), Politikentscheidungen könnten durch solche plebiszitäre Kampagnen initiiert werden (= Übernahme des Anliegens durch die parlamentarische Gesetzgebung), Volksbegehrensverfahren könnten Warn- und Thematisierungsfunktion übernehmen und somit zur gesellschaftlichen Innovation beitragen, es gehe nicht um Abschaffung parlamentarischer Verfahren (diese blieben mit gutem Recht der Normalfall), sondern um Ergänzung der Willensbildung, gegen Missbrauch seien hohe Hürden zu errichten, z.B. durch Quoren bzw. unantastbare Grenzen, die das GG oder BVG auferlegt. Die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler sollten ein diskursives Auseinandersetzen mit den kontroversen Positionen sichtbar werden lassen, ein Votum pro oder contra ist möglich, aber nicht notwendig. Die Position soll im Anschluss im Zusammenhang mit der Aufgabe 3 präzisiert oder exemplifiziert werden.

Aufgabe 3

Gefordert wird zunächst ein Eingehen auf die Frage, ob der über Beitrittsverhandlungen anvisierte Beitritt der Türkei zur EU politisch und wirtschaftlich Sinn macht. Hier müssen die Schülerinnen und Schüler auf Kenntnisse bezüglich der Maastricht-Kriterien (Konvergenz), auf Aspekte und Probleme der Osterweiterung (insbesondere ökonomische und sicherheitspolitische Konsequenzen) und auf die Menschenrechtsdiskussion (Kopenhagener Kriterien) rekurrieren können. Des Weiteren sind die Dimensionen und Notwendigkeiten einer neuen Sicherheitsarchitektur Deutschlands und Europas gerade im Zusammenhang mit der Konfrontation mit der islamischen Welt und ihrer islamistisch-fundamentalistischen Strömungen (Al-Qaida und Taliban, 11. September, Irak-Krieg, ungelöste Palästina-Frage) als bekannt vorauszusetzen. Es wird auch erwartet, dass die Prüfungsteilnehmer die aktuellen Entwicklungen in der Weltpolitik über die Medien verfolgen. Unter dieser Voraussetzung müssen Einschätzungen über den EU-Beitritt möglich sein. Hier könnten folgende Aspekte zur Sprache gebracht werden:

Vorteile des Beitritts:

- Verstärkung der jetzt schon intensiven Handelsbeziehungen, attraktive Investitionen, Marktpresenz im Vorderen Orient mit dem Zugang zu Wachstumsmärkten in Asien
- geostrategisch: Bestätigung und Verstärkung der laizistischen Türkei in der Rolle als „Brücke“ (Vermittlung) zur islamischen Welt (Regime und Wertesystem), damit Stärkung der Nato-Ostflanke und Einbezug dieser Region in die EVSP
- Hilfe bei der Option, dass die Türkei Modell einer islamischen Gesellschaft mit demokratischen-rechtsstaatlichen Strukturen im Sinne europäischer Standards werden könnte und somit auf die autoritären Staaten der Nah-Ost-Region ausstrahlen könnte
- bessere Bewältigung der illegalen Migrationsströme

Bedenken:

- ökonomische Rückständigkeit gegenüber europäischem Durchschnitt bei fast allen Wirtschaftsdaten (z.B. hohe Inflation, nur 20% der Wirtschaftsleistung der EU), d.h. hoher Finanz- und Subventionsbedarf
- Überdehnung der europäischen Integrationskraft (ökonomisch, sicherheitspolitisch und kulturell)
- arbeitsmarktpolitische Probleme (z.B. Lohndumping, Zuzug vieler Minderqualifizierter)
- Defizite bei Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte/ Differenz zwischen reformierter Gesetzeslage und Praxis

- Wertebarrrieren/-konflikte auf Grund von Religion und von ihr geprägten Alltagsnormen, die sich z.T. der Emanzipation und Gleichberechtigung der Individuen widersetzen
- Verstärkung von Überfremdungsängsten, Vorurteilstrukturen, damit Munition für Rechtsextreme u.a.

Der zweite Teil von Aufgabe 3 führt zurück zur Debatte um Volksabstimmungen. Gerade angesichts der Brisanz der Beitrittsfrage der Türkei können die Schülerinnen und Schüler nun ihre Fähigkeit zur Reflexion unter Beweis stellen. Zu welchen Schlussfolgerungen sie kommen, kann nicht Gegenstand der Bewertung sein. Maßstab der Beurteilung muss sein, inwiefern die Argumentation differenziert, schlüssig und begründet angelegt ist.

Wenn anstelle der erwarteten Leistung andere sinnvolle Lösungen der Aufgaben vorgelegt werden, die gleichwertige Kenntnisse und Fertigkeiten sowie die Fähigkeit zu theoretischen Verknüpfungen und zu einem eigenständigen, kritischen Urteil zeigen, werden diese ebenso berücksichtigt und gewertet.

IV. Bewertung und Beurteilung

Eine ausreichende Leistung (05 Punkte) ist dann gegeben, wenn mindestens 46 von 100 Bewertungseinheiten erreicht wurden. Dies ist dann der Fall, wenn die Schülerin bzw. der Schüler **zum Beispiel** folgende Aspekte bearbeitet, gedankliche und methodische Operationen durchgeführt und sprachliche Kompetenzen unter Beweis gestellt hat:

- die Positionen in M1 – M6 in den Grundzügen erfasst und deren Kontroversität festgestellt und dargestellt werden konnte,
- eine Überprüfung der Argumentation vor dem Hintergrund von einigen Kenntnissen zu Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren der Repräsentativverfassung der BRD und Einsichten in die Vor- und Nachteile von Plebisziten stattfand sowie eine eigene Position in Ansätzen entwickelt werden konnte,
- diese Position präzisiert bzw. exemplifiziert werden konnte anhand des Streits um den eventuellen Beitritt der Türkei und hier politische wie ökonomische Erwägungen Eingang fanden,
- wenn im Wesentlichen aufgabenadäquat, logisch-stringent gegliedert und verständlich formuliert wurde.

Für eine gute Leistung (11 Punkte) müssen mindestens 76 von 100 Bewertungseinheiten erreicht worden sein. Zusätzlich zu den für die Vergabe von 05 Punkten genannten Kriterien sind hier **zum Beispiel** folgende Aspekte, gedankliche Leistungen und sprachliche Kompetenzen relevant:

- eine präzise und vollständige Materialrezeption und übersichtliche Darstellung der gegensätzlichen Positionen
- eine kritische Beurteilung der Positionen und Einbindung in die eigene Sichtweise auf der Basis von breitgefächertem Wissen und relevanten Darlegungen zum Repräsentativsystem
- eine in sich schlüssige Verdeutlichung der eigenen Position am Beispiel des strittigen Türkeibeitritts
- sicherer Umgang mit der Fachterminologie und eine fachangemessene Diktion sowie die Vermeidung von Redundanzen.

Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

	BE	Anf. I	Anf. II	Anf. III
1	20	15	5	0
2	50	10	35	5
3	30	0	10	20
	Σ 100	Σ 25	Σ 50	Σ 25